

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 28.06.2017

Tagungsort: Concarneau-Raum (Neues Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

Frau Aylin Aydemir

anwesend bis 19:15 Uhr

RM Frau Brigitte Biermann

anwesend bis 18:25 Uhr

RM Herr Jens Burnicki

RM Frau Marlis Bußmann

Herr Yunus Cakar

Frau Dilek Dogan-Alagöz

anwesend bis 19:20 Uhr

Frau Viola Obasohan

Herr Mehmet Ali Ölmez

Herr Ali Sedo Rasha

Herr Sivasothy Varatharajah

anwesend bis 19:30 Uhr

Herr Cemil Yildirim

Herr Selim Yilmazer

Stellvertretende Mitglieder

RM Herr Vincenzo Copertino

Entschuldigt:

Herr Dilshad Simo Joki

Herr John Jude Pirapakaran Savarimuthu

Frau Irimi Mavreli

Von der Verwaltung:

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum

Frau Buddemeier, Gleichstellungsstelle

Frau Krutwage, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Herr Bergen, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Herr Hanke, Amt für Jugend und Familie-Jugendamt

Herr Markus, Amt für soziale Leistungen –Sozialamt-

Herr Leesemann, Stab Dezernat 5

Gäste:

Frau Engels, MediNetz (Medizinische Flüchtlingshilfe)

Herr Dr. Welteke, MediNetz (Medizinische Flüchtlingshilfe)

Herr Dr. Hamaimbo, Welthaus Bielefeld
Herr Siegeroth, REGE mbh

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Ölmez begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Herr Vorsitzender Ölmez stellt keine Wortmeldungen fest.

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 24.05.2017

Herr Yilmazer will die Niederschrift zu Punkt 5.1 Auflösung des Integrationsrates wie folgt ergänzen: er habe die spezifische Verantwortung und Rolle der direkt gewählten Mitglieder des Integrationsrates im Gegensatz zu Fraktionsvertreterinnen und -vertretern hervorgehoben. Die Vertreterinnen bzw. Vertreter der Fraktionen im Integrationsrat hätten vor allem die Intention, die Interessen der ihrer Parteien zu berücksichtigen bzw. zu vertreten. Die direkt gewählten Migrantinnen und Migranten fungierten alleinig als Sprachrohr der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die eine Minderheit in der Bevölkerung ausmachen und über keine politische Lobby verfügen. Vor diesem Hintergrund herrsche auch in diesem Gremium ein ungleiches Machtgefüge mit Folgewirkung auf die Entscheidungsprozesse. Er habe in diesem Zusammenhang auf die Ohnmacht des Integrationsrates aufmerksam machen wollen.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 24.05.2017 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

- Frau Isfendiyar teilt mit, dass auch im kommenden Jahr das „Bielefelder Netzwerk rassismuskritischer Arbeit – Kinder – Jugendliche - Erwachsene“ zum dritten Mal die Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus veranstalte. Das erste Planungstreffen findet statt: **29. Juni 2017, 17:30 Uhr, Neues Rathaus, 3. Etage, Concarneau-Raum**. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Alle Infos zum Netzwerk sowie zu den diesjährigen Aktionswochen stehen auf der Homepage des Kommunalen Integrationszentrums: www.ki-bielefeld.de.

- Herr Yildirim berichtet aus der Sitzung des Seniorenrates, in der der Altenbericht der Stadt Bielefeld 2017 vorgestellt wurde. Der Anteil der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund steige weiter an. Der demographische Wandel erfordere auch entsprechende Hilfestellungen und Unterstützung für die Lebens- und Wohnsituation der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund. Der Vorsitzende des Seniorenrates habe Interesse geäußert, im engen Dialog mit den entsprechenden Interessengruppen zu erheben, welche speziellen Erwartungen Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund haben und zu überprüfen, inwieweit die Einrichtungen in Bielefeld diesen Bedürfnissen Rechnung tragen. Der Vorstand möge den Vorsitzenden des Seniorenrates für ein Gespräch kontaktieren. Er habe angeregt den Altenbericht im Integrationsrat vorzustellen.

Frau Adilovic erklärt, sie habe im SGA auf den fehlenden Aspekt der besonderen Situation der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund hingewiesen. Es fehlen Angaben über die konkreten Zahlen dieser Grundsicherungsbezieher in dieser Gruppe in Bielefeld wie auch über die Zahl der Einpersonenhaushalte. Der Vorstand sei dazu mit dem Seniorenrat im Gespräch.

Herr Yilmazer hält nicht viel von der Vorstellung des Berichtes im Integrationsrat. Die Darstellung reiner Statistik bringe keine neuen Erkenntnisse für das Gremium. Vor diesem Hintergrund rate er davon ab.

- Ferner hält Herr Yilmazer die Aussagen des Vorsitzenden in der NW-Zeitung zum Antrag „Auflösung des Integrationsrates“ für unglücklich und wenig hilfreich. Die Kommentare zum Wahlverhalten der Migrantinnen und Migranten entbehrten jeglicher Grundlage. Die Chance für die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht werde dadurch unterlaufen.
- Herr Yildirim merkt an, dass er nicht wie in der Zeitung berichtet Vertreter einer Moscheegemeinde sei, sondern als Mitglied des Integrationsrates auf die begrenzten politischen Einflussmöglichkeiten des Integrationsrates aufmerksam machen wollte.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5055/2014-2020

Herr Yildirim stellt fest, dass es in Bielefeld Bedarf an Lehrkräften für den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht gibt. Viele Eltern erkundigten sich immer wieder, warum die Kinder nunmehr seit Jahren nicht in diesem Schulfach unterrichtet werden. Auf eine vorhergehende Anfrage sei mit Lehrkräftemangel argumentiert worden.

Herr Yilmazer berichtet, dass das Interesse seitens der Schulen, der Elternschaft, der Schüler, der Politik zweifellos da sei und Zuspruch der Öffentlichkeit angesichts von Tendenzen zur Radikalisierung bei muslimischen Jugendlichen aufgrund von Unwissen sei ebenfalls gegeben. Die Unterschriften der Eltern wurden von Herrn Düger und von ihm dem ehemaligen zuständigen Schulrat persönlich übergeben und mit Nachdruck gebeten worden, Maßnahmen zu Umsetzung des Religionsunterrichts einzuleiten. Seither gab es bis heute keinerlei Aktion.

- 1. Wie ist der Stand der Entwicklung bezüglich des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts in Bielefeld bzw. an wie vielen Schulen in Bielefeld ist der Bedarfsfall durch einen Antrag von mindestens 12 Schülerinnen und Schülern / Erziehungsberechtigten nach §31 Absatz 1 des Schulgesetzes in NRW eingetreten bzw. wurde der bekenntnisorientierte Islamunterricht bereits eingeführt?**
- 2. Was ist mit den beim Schulamt eingereichten Unterschriften von der muslimischen Elternschaft zur Einrichtung des Schulfaches des bekenntnisorientierten Islamunterrichts in verschiedenen Bielefelder Schulen geschehen?**

Frau Isfendiyar führt aus, dass Herr Schulrat Rammert wegen der Kurzfristigkeit des heutigen Termins nicht an der Sitzung teilnehmen könne. Er werde beim Bedarf in einer der nächsten Sitzungen gerne zur

Verfügung stehen. Allerdings habe er die nachfolgende Auflistung des Angebotes „Islamischer RU“ für Bielefeld mitgeteilt.

Islamischen Religionsunterricht an Bielefelder Grundschulen, Schuljahr 2016/17:

- **Bültmannshofschule**, 4 WSTD, Frau Pelin Kabak, insgesamt 25 SuS

2 jahrgangsübergreifende Gruppen:

Kl.1/2: 7 Mädchen und 6 Jungen

Kl.3/4: 8 Mädchen und 4 Jungen

- **Pläßschule**, 2 WSTD, Frau Gülten Sahin, insgesamt 13 SuS

1 jahrgangsübergreifende Gruppe:

6 Mädchen und 7 Jungen

- **Stiftsschule**, 2 WSTD, Frau Gülten Sahin, insgesamt 35 SuS

2 jahrgangsübergreifende Gruppen:

Kl.1/2: 7 Mädchen und 7 Jungen

Kl.3/4: 12 Mädchen und 9 Jungen

Der Islamische Religionsunterricht an der Volkeningschule kann bis auf Weiteres nicht stattfinden, weil die Lehrkraft in Elternzeit ist

Mit der Antwort des Schulrates werden nicht alle Fragen des Gremiums beantwortet. Frau Biermann regt an, den zuständigen Schulrat zur nächsten Sitzung einzuladen.

Der Vorstand wird im Vorfeld ein Klärungsgespräch mit Herrn Rammert führen.

.

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Haushaltsmittel für den Integrationsrat

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5076/2014-2020

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss und der Rat der Stadt beschließen:

Das jährliche Budget für den Integrationsrat/ Förderung von Initiativen, Vereinen und Organisationen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wird um 25.500 € auf 51.000 € erhöht.

Begründung:

In Bielefeld gibt es ca. 70 Migrantenorganisationen, in denen sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenschließen. Sie sind nicht nur Orte für die Pflege von Kultur und Religion, sondern fördern mit ihrem Engagement und ihren Aktivitäten Integration in Bielefeld.

Wie im Bielefelder Integrationskonzept beschrieben (16 Integrationspolitische Ziele – s. Ratsbeschluss vom 23.09.2010), sollten sich Migrantorganisationen noch aktiver als Kooperationspartner/innen in den Integrationsprozess in Bielefeld einbringen.

Der Wunsch nach funktionierender, nachhaltiger und für alle Beteiligten gewinnbringender Zusammenarbeit ist u.a. nur möglich, wenn mehr finanzielle Ressourcen für die Integrationsarbeit der vorwiegend ehrenamtlich organisierten Migrantorganisationen durch die Stadt Bielefeld bereitgestellt werden.

Geringe finanzielle Möglichkeiten hindern die Migrantorganisationen daran, tragfähige und kontinuierliche Strukturen aufzubauen. Kaum ein Verein kann seine projektbezogene und kooperative Arbeit dauerhaft allein aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanzieren. Sie sind dementsprechend auf Fördermittel angewiesen, um verbindliche integrationsfördernde Maßnahmen und Projekte durchzuführen.

Die Stadt Bielefeld fördert die Migrantorganisationen und Initiativen, die das Ziel verfolgen, die Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Bielefeld zu verbessern.

Das derzeitige Budget des Integrationsrates zur Erfüllung seiner eigenen Aktivitäten und zur Förderung von Initiativen, Vereinen und Organisationen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beträgt 25.500 €. Diese, aus den Haushaltsmitteln jährlich zur Verfügung gestellte Förderung, reicht für eine Aufgabenwahrnehmung im oben beschriebenen Sinne nicht aus.

Da die Antragstellerin Frau Mavreli für die heutige Sitzung entschuldigt sei, plädiert Frau Obasohan für die Verabschiedung des Antrages. Die Arbeit des Vorstandes habe sich in unterschiedlichen Bereichen bzw. in der Öffentlichkeit intensiviert, so dass die vorgesehenen Mittel nicht ausreichen. Besonders der Vorstand müsse ehrenamtlich ohne Entschädigung viel Zeit investieren. Für die Aufgaben müsse das Gremium auch über mehr Haushaltsmittel verfügen.

Frau Biermann hält es für schwierig, dem Antrag für eine nicht konkret definierte Aufgabe zuzustimmen.

Herr Copertino schließt sich dem Argument an und erklärt, da die Begründung so unglücklich formuliert sei, könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Burnicki führt aus, es sei in Zeiten knapper Kassen nicht möglich einem hinsichtlich der geplanten Maßnahmen unkonkreten Antrag zuzustimmen. Er erinnert angesichts der Haushaltslage an beschränkte Handlungsmöglichkeiten der Politik. Vor allem fehle in dem Antrag eine Auflistung von Projekten, Aktivitäten der Migrantorganisationen, für die eine Förderung erwünscht werde.

Frau Bußmann plädiert für die finanzielle Förderung der Migrantinnenorganisationen, die in der Stadt einen wichtigen Beitrag zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beitragen. Die Verwaltung müsse einen Deckungsvorschlag unterbreiten. Vom Integrationsrat könne nicht erwartet werden, dass er einen Vorschlag mache. Zunehmende Anteile der Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt machten es notwendig, das Thema Integration in den Fokus zu nehmen.

Frau Adilovic verweist auf die besondere Rolle des Integrationsrates seit dieser Legislaturperiode. Die Intensivierung der öffentlichen Aktivitäten des Gremiums könne nicht ohne finanzielle Förderung fortgesetzt werden, zumal der IR seine Arbeit bis jetzt mit bescheidenen Mitteln effektiv durchgeführt habe.

Herr Yilmazer kann nicht glauben, dass über 25.000€ so lange debattiert werde. Es fehle in diesem Bereich der politische Wille und es würden die Forderungen des Integrationsrates blockiert. Der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Stadtbevölkerung nehme sukzessiv zu und dadurch finde ein natürlicher Integrationsprozess statt. Es käme auf die Gestaltung dieses Prozesses an. Er wolle keine Almosen erwirken und plädiert für eine Politik auf gleicher Augenhöhe.

Frau Biermann findet die Diskussion über diesen Betrag nicht hilfreich. Den Eindruck zu erwecken, als würden im Bereich Integrationsförderung lediglich 25.000€ eingesetzt, entbehre jedweder Wahrheit. Die Stadt verfüge über eine enorme Infrastruktur im Bereich Integration, die von allen Einwohnerinnen und Einwohnern, unabhängig von der Nationalität, Ethnizität und Religion, in Anspruch genommen werde. Bei der Etablierung der Infrastruktur würden die Menschen nicht als besondere Gruppen konstruiert.

Herr Copertino weist auf die Förderung vieler Projekte im Bereich Integration hin, die auch u. a. von Migrantinnenorganisationen durchgeführt werden. Ferner bittet er die Verwaltung, in konkreten Fällen zu prüfen, inwieweit der Integrationsrat bei bestimmten Vorhaben unterstützt werde. Hier sei allerdings wichtig, die anvisierten Maßnahmen konkret zu beschreiben bzw. zu begründen.

Herr Cakar bittet die Verwaltung einen Bericht über die bisherigen Aktivitäten der Migrantinnenorganisationen vorzulegen, damit der Integrationsrat die Möglichkeit habe, sich ein Urteil darüber zu bilden, wo die besonderen Bedarfe liegen.

Nach einer intensiven und kontroversen Diskussion zieht Frau Obasohan stellvertretend für Frau Mavreli den Antrag zurück.

Zu Punkt 6

Vorstellung der Arbeit von MediNetz

Frau Engels und Herr Dr. Welteke stellen die Arbeit der medizinischen Flüchtlingshilfe vor:

Die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Papiere findet derzeit zu großen Teilen kompensatorisch im Bereich des freiwilligen Engagements statt. Konkrete Hilfeleistungen erfolgen meist unentgeltlich, innerhalb von Parallelstrukturen zum regulären Gesundheitssystem. Teils erfolgt medizinische Hilfe direkt in humanitären Sprechstunden und Ambulanzen, meist auf Spendenbasis, oft ehrenamtlich.

Um diesen Menschen zu ihrem Recht auf medizinische Behandlung zu verhelfen, hat der AK Asyl in Bielefeld eine Medizinische Flüchtlingshilfe gegründet, die besonders für Geflüchtete ohne Papiere gedacht ist. Sie setzt sich öffentlich für das Recht auf medizinische Versorgung aller Menschen ein und informiert über Ansprüche auf Behandlung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die medizinische Beratung vermittelt Geflüchtete an Ärztinnen und Ärzte verschiedener Fachrichtungen und hilft bei der Suche nach medizinischen und pflegerischen Hilfsmitteln wie z.B. Rollstühlen. Sie begleitet die Suche nach professionellen psychiatrischen Therapiegesprächen für Geflüchtete mit traumatischen Erfahrungen und in Krisensituationen und unterstützt bei der Suche nach Dolmetscherinnen und Begleitungen.

Viele Ärztinnen und Ärzte helfen den betroffenen Geflüchteten engagiert und unentgeltlich. Dennoch fallen immer wieder Kosten für Laboruntersuchungen, Medikamente und Gutachten an. Daher bitten wir um Unterstützung unserer Arbeit durch Spenden. Sie bedanken sich beim Integrationsrat für die Spende, die sie im letzten Jahr für ihre Arbeit erhalten haben.

Herr Burnicki bedauert dass die elektronische Gesundheitskarte im Rat keine nötige Mehrheit gefunden habe. Er halte die Arbeit des MediNetz für sehr wichtig und lobenswert.

Herrn Yilmazer regt an die Fördermöglichkeiten über EU-Projekte zu eruieren.

Frau Adilovic äußert ihre Wertschätzung der Arbeit des MediNetz gegenüber und freut sich weiterhin über die Zusammenarbeit auch demnächst „Arbeitskreis Soziales“.

Im Anschluss der Ausführungen gehen Frau Engels und Herr Dr. Welteke gehen auf die Fragen von Herrn Resho, Herrn Burnicki, Frau Bußmann und Herrn Copertino ein.

-.-.-

Zu Punkt 7

Die Arbeit des Welthaus Bielefeld

Herr Dr. Hamaimbo stellt die Schwerpunkte der Aktivitäten des Welthaus vor. Welthaus Bielefeld e.V. ist ein gemeinnütziger Verein in Bielefeld. Er wurde 1980 als Dritte-Welt-Haus Bielefeld gegründet und 1999/2000 umbenannt. Er setzt sich für eine sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung ein.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Welthaus stehen die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und die solidarische Entwicklungszusammenarbeit. Im Rahmen dessen verlegt der Verein

Unterrichtsmaterialien und weitere Schriften. Der Verein betreut viele Schulpartnerschaften; eine Schnittstelle zwischen der Bildungsarbeit und der Auslandsprojektförderung. Darüber hinaus setzt sich das Welthaus für den kulturellen Austausch ein und fördert den fairen Handel, u.a. indem ein Ladengeschäft betrieben wird.

In Deutschland sind unter anderem Schulpartnerschaften und die Unterstützung von Projekten zum globalen Lernen im Fokus des Welthauses. Des Weiteren ist das Welthaus Bielefeld neben den *Shademakers Club* Veranstalter des seit 1997 ausgetragenen Bielefelder Carnival der Kulturen.

Ferner beteiligt sich Welthaus Bielefeld e. V. aktiv den Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus mit unterschiedlichen Aktivitäten. Denn das Thema Diskriminierung und Rassismus beeinträchtigt das Alltagsleben der Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Arbeit werde in Zukunft einen der Schwerpunkte des Welthauses ausmachen.

In diesem Zusammenhang beantwortet Herr Dr. Hamaimbo die Fragen von Frau Obasohan, Herrn Rasho, Frau Bußmann und Frau Adilovic.

Zu Punkt 8

Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4850/2014-2020

Frau Buddemeier und Frau Vogt stellen den Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“ vor.

Im JHA wurde der Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN die Verwaltung beauftragt, die dafür benötigten finanziellen Mittel zur Gewährleistung der Umsetzung der 75 Maßnahmen in den Haushalt 2018 einzustellen.

Der Seniorenrat habe auch beschlossen, dass die für die Umsetzung der im Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“ notwendigen Finanzmittel für die bislang nicht finanzierten sechs Maßnahmen in Höhe von 98.000,00 Euro in den Haushalt 2018 eingestellt werden.

Herr Burnicki begrüßt das Projekt hinsichtlich der übergreifenden Zielsetzung sowie die Anbindung in die vorhandenen Netzwerke.

Zur Informationsvorlage äußern sich Frau Obasohan, und Herr Yilmazer.

-.-.-

Der Integrationsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 9

Zwischenbericht zu den im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen geförderten Maßnahmen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4967/2014-2020

Frau Krutwage geht zusammenfassend auf die Informationsvorlage ein.

Als Reaktion auf die hohe Zahl der zugewiesenen geflüchteten Menschen haben Rat und Verwaltung frühzeitig das „Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld“ auf den Weg gebracht. Die Maßnahmen, die finanziert wurden zielten darauf, in relevanten Handlungsfeldern einer schnellen und erfolgreichen Integration zu erreichen. Dabei wurden die Themen Wohnen, Kinderbetreuung, Schulen, Sprachangebote und quartiersbezogene Angebote, Sozialarbeit, Arbeitsmarkt, Erstaufnahme und gesundheitliche Versorgung in den Fokus genommen.

Auf Basis des Konzepts hat der Rat der Stadt Bielefeld am 10. Dezember 2015 konkrete Umsetzungsschritte beschlossen und mit den erforderlichen Haushaltsmitteln hinterlegt. Hiermit habe die Stadt Bielefeld frühzeitig in die Gestaltung der Integration investiert und Wege eröffnet, um die bestehenden Angebotsstrukturen zu stärken und Neues zu schaffen.

In diesem Zusammenhang berichtet sie über die Verwendung der zusätzlichen Mittel für die Stärkung der Regelangebote der Kinder- und Jugendarbeit, den Aufbau der Stadtteilkoordination sowie die Durchführung von Projekten zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration

Im Anschluss beantwortet sie die Fragen von Frau Obasohan, Herrn Yilmazer und Herrn Burnicki.

-.-.-

Herr Copertino stellt fest, dass der Integrationsrat nicht beschlussfähig ist.

Herr Vorsitzender Ölmez bestätigt die fehlende Beschlussfähigkeit des Gremiums und appelliert an die Sitzungsdiziplin bzw. Verantwortung der Mitglieder, die entweder nicht an den Sitzungen teilnehmen oder die Sitzung früh verlassen.

Er beendet somit die Sitzung und entschuldigt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung die stundenlang warten mussten, ohne die Chance zu bekommen, die Vorlagen vorzustellen.

Die nächste Sitzung des Integrationsrates findet am 28.09.2017 statt!

Zu Punkt 10

Haushalts- und Stellenplan 2018 für das Kommunale Integrationszentrum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4875/2014-2020

./.

Zu Punkt 11 Haushaltsplan und Stellenplan 2018 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4879/2014-2020

./.

Zu Punkt 12 Haushaltsplan 2018 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4887/2014-2020

./.

Zu Punkt 13 Haushaltsplan 2018 für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4904/2014-2020

./.

Zu Punkt 14 Haushaltsplan und Stellenplan 2018 für den Stab des Dezernates 5

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4908/2014-2020

./.

Mehmet Ali Ölmez

Emir Ali Sağ